

«Die Kirchen engagieren sich seit jeher politisch»

Können Sie die Aufregung um das Engagement der Kirchen in Sachen KVI nachvollziehen?

Antonius Liedhegener: Die Aufregung hat viel mehr mit dem Thema an sich zu tun als mit den Kirchen. Denn bei der Konzernverantwortung geht es um viel: Um das Bild der Schweiz und um ein starkes Signal, wie man in Zukunft wirtschaften will. Wenn die KVI-Gegner die Kirchen aus dieser Diskussion raushalten können, schwächen sie natürlich die Position der Initianten. Denn die Kirchen sind ein starker Bündnispartner: Sie sind mit diversen Hilfsorganisationen global aktiv und in den Gemeinden lokal verankert.

Aber ist es wirklich die Aufgabe der Kirchen, sich politisch zu engagieren?

Ja. Die Kirchen sind Teil unserer Zivilgesellschaft. Sie haben das Recht, wenn nicht gar die Pflicht, sich an öffentlichen Debatten zu beteiligen. Wenn man sich die derzeitige Stossrichtung der Theologie vor Augen führt, ist die Unterstützung der Konzernverantwortungs-Initiative auch kaum überraschend.

Es gibt aber auch Gläubige, die gegen die KVI sind. Sie fühlen sich als «unchristlich» gebrandmarkt...

Diese Sorge finde ich unberechtigt. Klar ist, dass die Kirchen die öffentliche Meinung beeinflus-

sen wollen. Sie betonen aber stets, dass sie abweichende Meinungen nicht verteufeln wollen. Allen Beteiligten ist bewusst, dass hinter der Kampagne auch ein Sachurteil steckt. Wenn es um politische Sachurteile geht, kön-



Antonius Liedhegener Bild: PD

nen Christen berechtigterweise unterschiedlicher Meinung sein.

Ist das politische Engagement der Kirchen nicht auch Werbung in eigener Sache?

Diese Frage lässt sich nicht objektiv beantworten. Es ist aber weder neu noch ungewöhnlich, dass aus religiösen Bewegungen politische Botschaften hervorgehen. Auch Religionsgemeinschaften haben Interessen – und Kirchen haben schon immer Lobbying für Gott gemacht.

Trotzdem: Ein kirchliches Engagement in diesem Rahmen ist ungewöhnlich.

Das Ungewöhnliche liegt in der Vorlage selbst, die grosse und

weitreichende Fragen stellt. Die Kirchen engagieren sich seit jeher politisch; sie sind bei Vernehmlassungen auf Bundesebene automatisch eingebunden. Sie haben sich 2009 klar und deutlich gegen die Minarett-Initiative positioniert. Und in Luzern thematisiert die Katholische Kirche seit Jahren Fragen, die mit der KVI verknüpft sind: so etwa Entwicklungsarbeit und Nachhaltigkeit. In Luzern ist auch die Nähe zu den Hilfswerken augenfällig; das Fastenopfer hat hier seinen Hauptsitz. (*sma*)

Hinweis

Antonius Liedhegener ist Professor für Politik und Religion an der Universität Luzern.